

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei



Nein zum Uno-Migrationspakt

Seiten 4 - 5

«Die Selbstbestimmungsinitiative hilft gegen den Migrationspakt»

Der Bundesrat will im Dezember den UNO-Migrationspakt unterzeichnen. Damit verpflichten sich die UNO-Mitglieder dazu, Migration und die Zuwanderung ins Sozialsystem zu begünstigen. Dank der SVP wächst der Widerstand gegen den Pakt: Inzwischen haben drei parlamentarische Kommissionen den Bundesrat dazu aufgefordert, das Papier nicht zu unterzeichnen.

N°10

www.svp.ch



Seite 3

Versicherungsdetektive



Was dürfen die Versicherungsdetektive und was nicht? Der Faktencheck

Seite 9

EU-Waffenrichtlinie



Referendum zur EU-Waffenrichtlinie

Seite 15

Informationsaustausch



Stoppt den Unsinn!



Zur direkten Demokratie.

Zur Selbstbestimmung.

www.selbstbestimmungsinitiative.ch

Bis 25. November Jetzt Ja stimmen!



Die SVP in den Schweizer Medien



Ja zur Selbstbestimmung als Signal gegen den Migrationspakt

Haben Sie schon einmal einen Vertrag unterzeichnet, in dem mehrfach steht, «ich verpflichte mich», obwohl sie sich zu gar nichts verpflichten wollen? Wohl kaum. Ich jedenfalls würde das niemals tun. Unser Bundesrat beabsichtigt aber genau dies zu tun indem er im Dezember in Marrakesch einen solchen Vertrag - konkret den UNO-Migrationspakt - feierlich unterzeichnen will. Damit verpflichtet er die Schweiz zur Umsetzung von 23 Massnahmen, die faktisch zu einer weltweiten Personenfreizügigkeit und zu einer Welt ohne Grenzen sowie der totalen Vermischung der Kulturen führen. Migration wird damit zu einem Menschenrecht hochstilisiert.

Die SVP hat sich bereits im September anlässlich einer Pressekonferenz mit Empörung gegen diese Unterzeichnung gewehrt und darauf hingewiesen, dass der Bundesrat den Vertrag gestützt auf die Bundesverfassung gar nicht unterschreiben darf. Der Bundesrat will sich hier aber rausmogeln indem er sagt, der Pakt sei nicht verbindlich oder verpflichtend. Ich frage mich deshalb: Weshalb dann unterzeichnen?

Wohl nur dank des laufenden Abstimmungskampfs zur Selbstbestimmungsinitiative ist es uns gelungen, dass der Migrationspakt in der Wintersession traktandiert wird. Die SVP wird dort einen referendumsfähigen Beschluss verlangen, damit das Volk darüber entscheiden kann, ob die Schweiz den Pakt unterzeichnen soll.

Die FDP und CVP Vertreter, die den Pakt inzwischen auch kritisieren, können in der Wintersession zeigen, ob ihre Empörung echt oder nur Abstimmungstaktik war - allein mir fehlt der Glaube daran.

Ich fordere deshalb alle auf, bis am Sonntag noch alle Verwandten und Bekannten an die Urne zu bewegen – für ein Ja zur Selbstbestimmung, zur direkten Demokratie und als unmissverständliches Zeichen gegen den Migrationspakt.

Albert Rösti

Nationalrat Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz



Was dürfen die Versicherungsdetektive und was nicht? Der Faktencheck

Am 25. November stimmen wir auch über eine Änderung des Versicherungsgesetzes ab. Es geht darum, dass in wenigen Fällen mit massvollen Überwachungen missbräuchliche Sozialbezüge verhindert werden können. Der Faktencheck zeigt, dass die Argumente der Gegner zur Kategorie «Fantasie» gezählt werden müssen.

Bundesrat und Parlament schlagen der Bevölkerung eine Gesetzesänderung vor, die in wenigen Verdachtsfällen mit streng geregelten Überwachungen missbräuchliche Sozialbezüge verhindern kann. Das neue Versicherungsgesetz schafft hierbei die nötigen Grundlagen, die bisher fehlten. Der Faktencheck zeigt, dass die Argumente der Gegner ins Leere laufen und mehr einer blühenden Fantasie entspringen und Angstmacherei bezwecken, als dass sie auf dem vorliegenden Gesetz beruhen.

Strenge Regelung

Die Gegner behaupten, dass es keine Kontrollen gäbe. Das stimmt nicht. Die gesetzlichen Vorgaben sind streng. Das können Sie als Bürgerin und Bürger im Gesetzestext im Abstimmungsbüchlein eins zu eins nachlesen. Der Text verlangt einen «konkreten Anhaltspunkt» für die Auslösung einer Überwachung. Dabei muss die Überwachung verhältnismässig sein. Für die Anordnung ist eine «Person mit Direktionsfunktion» zuständig, nicht einfach irgendjemand, sondern jemand mit Verantwortung. Klar geregelt ist die «Schweigepflicht», sowie die «Einsichtnahme», die «Aufbewahrung» und «Vernichtung» der Informationen. Es gibt Fristen und das Ganze kann gerichtlich angefochten werden.

Privatsphäre wird gewahrt

Die Gegner machen der Bevölkerung unnötig Angst, wenn sie von Schlaf-



Die Vorgaben für den Einsatz von Detektiven sind streng - das können Sie als Bürger im Abstimmungsbüchlein nachlesen.

zimmerüberwachung oder Drohnen reden. Fakt ist folgendes, und das kön-

« **Die Gegner machen der Bevölkerung unnötig Angst, wenn sie von Schlafzimmerüberwachung oder Drohnen reden.** »

nen Sie ebenfalls im Abstimmungsbüchlein lesen: «Das Innere einer Wohnung oder eines Wohnhauses darf nicht überwacht werden». Es geht nur um allgemein zugängliche Orte. Für Bild- und Tonaufnahmen sind keine zusätzlichen technischen Hilfsmittel wie Drohnen oder Richtmikrofone erlaubt. Gegen das Vorgehen kann vor Gericht vorgegangen werden.

Missbräuche stoppen

Am Schluss geht es aber darum, dass unrechtmässiger Sozialbezug verhindert wird. Dies betrifft nur wenige Verdachtsfälle. Aber dort ist es wichtig, dass man den Sozialbetrug unterbinden kann. Das schützt unsere Sozialwerke und das Vertrauen in die Institutionen.

von Nationalrätin
Verena Herzog,
Frauenfeld (TG)



4 UNO-Migrationspakt



Der Migrationspakt rückt die Interessen der Migranten ins Zentrum - von Pflichten ist keine Rede.

« Der Pakt ist verfassungswidrig »

Der UNO-Migrationspakt zeige, weshalb ein Ja zur Selbstbestimmungsinitiative so wichtig sei, sagt Nationalrat und Rechtsprofessor Hans-Ueli Vogt.

Warum lehnt die SVP den UNO-Migrationspakt ab?

Hans-Ueli Vogt: Der Pakt will die Migration erleichtern. Er stellt Migration einseitig als Quelle des Wohlstandes dar, wo sie doch in ganz vielen Ländern eine Quelle von Konflikten ist. Der Pakt stellt einseitig die Interessen der Migranten ins Zentrum, von Pflichten ist keine Rede. Die aufnehmenden Staaten müssen dafür sorgen, dass die Migranten in ihrem Wunschland ein gutes Leben führen können und dass die Bevölkerung nicht mehr kritisch über Zuwanderung spricht. Der Pakt gründet auf der Ideologie, dass es ein Menschenrecht gebe, sich irgendwo auf der Welt nach seiner Wahl frei niederzulassen. Der Pakt widerspricht unserer Verfassung.

Sie meinen die Masseneinwanderungs-Initiative, die die Stimmbevölkerung 2014 angenommen hat?

Ja. Artikel 121a unserer Verfassung sagt, dass die Schweiz die Zuwanderung eigenständig steuert und keine Verpflichtung eingeht, die ihr diese Steuerung aus der Hand nimmt. Der

Migrationspakt würde aber genau dies bedeuten: Dann steuert die UNO die Migration. Der Pakt will Migration erleichtern, Artikel 121a will sie begrenzen. Auch beim Inländervorrang widerspricht der Migrationspakt der Schweizer Verfassung, weil der Pakt vorsieht, dass Migranten der einheimischen Bevölkerung gleichgestellt sein sollen.

Der Pakt widerspricht der Verfassung, darf ihn der Bundesrat unterzeichnen?

Nein. Darum ist die Selbstbestimmungs-Initiative so wichtig, über die die Stimmbevölkerung am 25. November abstimmt. Sie will, dass die Bundesverfassung dem nicht zwingenden internationalen Recht vorgeht. Bundesrat, Verwaltung und Parlament müssen sich bei allem, was sie tun, an die Verfassung halten. Beim EU-Rahmenabkommen und beim UNO-Migrationspakt sehen wir jedoch einen Bundesrat am Werk, der die Verfassung nur noch als unverbindliche Empfehlung ansieht. Es ist Zeit, dass wir ihn mit der Selbstbestimmungs-Initiative verbindlich daran erinnern, dass er sich an die

Vorgaben zu halten hat, die die Bürger ihm gegeben haben.

Genügt es denn nicht, wenn der Pakt dem Parlament vorgelegt und dem Referendum unterstellt wird?

Nur wenn er dem obligatorischen Referendum unterstellt wird! Der Pakt ändert die Verfassung materiell ab. Darum ist das obligatorische Referendum nötig.

Laut Aussenminister Ignazio Cassis ist der Migrationspakt rechtlich nicht verbindlich – wo ist das Problem?

Von der formellen rechtlichen Unverbindlichkeit, also dem Charakter als Soft Law, darf man sich auf keinen Fall täuschen lassen. Der Migrationspakt enthält einen ganzen Abschnitt über seine Umsetzung. Dort steht, dass die Staaten sich verpflichten, die Ziele und Bekenntnisse des Paktes zu erfüllen. Ein zu diesem Zweck eingerichtetes Forum prüft regelmässig, welche Fortschritte die Staaten bei der Umsetzung machen. Die Staaten selber müssen Berichte dazu verfassen. Weiter soll der UNO-Generalsekretär der UNO-Generversammlung alle zwei Jahre über

die Umsetzung des Migrationspakts Bericht erstatten. So funktioniert die Durchsetzung von Soft Law – formelle rechtliche Verbindlichkeit braucht es dafür nicht.

Ignazio Cassis sagte die Schweiz unterzeichne den Pakt allenfalls mit Vorbehalten – geht das?

Nein. Das wäre bei einer Konvention möglich, bei der nur einzelne Punkte problematisch sind. Der Migrationspakt aber ist bereits in seiner Grundhaltung und Zielsetzung problematisch und verfassungswidrig.

Was wären die Konsequenzen, wenn die Schweiz den Pakt nicht unterschreiben würde?

Innenpolitisch wäre das positiv, weil der Bundesrat damit bei der Migrati-



Der UNO-Pakt will Migration erleichtern.

on den Volkswillen umsetzen würde. Er würde damit seinen Respekt für unsere Verfassung bezeugen. International wäre man wohl erstaunt, dass die Schweiz nun doch nicht mitmacht, aber das müssten wir aushalten. Jene, die von Imageschaden sprechen, denken immer nur daran, wie ein solcher Entscheid bei ausländischen Politikern und Medien aufgenommen wird. Dabei

sollte man sich in erster Linie danach richten, was für die Schweizer Bevölkerung gut ist.



von Nationalrat
Hans-Ueli Vogt,
Zürich (ZH)

Perfekt inszeniert: Der neue Kia Sportage

Mehr Auto fürs Geld
www.kia.ch

HVS Zürich

SPORTAGE

An ihm macht vieles eine gute Figur: aussen das athletische SUV-Design, innen das ergonomische Cockpit und die hochwertige Ausstattung. Der neue Kia Sportage ist auch als Mild-Hybrid erhältlich. So ist er bei Verbrauch und Emissionen besonders sparsam.

New Kia Sportage 4x4 ab CHF 33'950.–

Abgebildetes Modell: New Kia Sportage Style 1.6 T-GDI 4x4 aut. mit 7-Stufen-Automatik DCT (Doppelkupplungsgetriebe) 177 PS (inkl. Optionen: GT-Line-Pack CHF 5'000.–, Panoramaglasdach CHF 1'750.– und Metallic-Lackierung CHF 750.– = CHF 7'500.–) CHF 47'450.–, 7,6 l/100 km, 175 g CO₂/km, Energieeffizienzklasse G, CO₂-ETS 40 g/km, Emissionsklasse Euro 6d Temp, New Kia Sportage Trend 1.6 T-GDI 4x4 man. 177 PS CHF 33'950.–, 7,9 l/100 km, 180 g CO₂/km, Energieeffizienzklasse G, CO₂-ETS 42 g/km, Emissionsklasse Euro 6d Temp, New Kia Sportage Classic 1.6 GDI 2WD man. 132 PS CHF 27'950.–, 7,2 l/100 km, 165 g CO₂/km, Energieeffizienzklasse G, CO₂-ETS 38 g/km, Emissionsklasse Euro 6d Temp. Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagen: 133 g CO₂/km (unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.). CO₂-ETS = CO₂-Emissionen aus der Treibstoff- und/oder der Strombereitstellung. Fahrweise, Strassen- und Verkehrsverhältnisse, Umwelteinflüsse und Fahrzeugzustand können Verbrauchs- und CO₂-Emissionswerte beeinflussen. Die angegebenen Verbrauchs- und CO₂-Emissionswerte wurden nach dem WLTP-Messverfahren auf dem Prüfstand ermittelt und in NEFZ-Werte umgerechnet.



4x4 & NACHHALTIG

**Jetzt
Probe
fahren**



NEW MITSUBISHI OUTLANDER PHEV



**MITSUBISHI
MOTORS**

Drive your Ambition

40 g/km CO₂ | **1.8** l/100km | **5** Jahre Garantie | **8** Jahre Batterie-Garantie

mitsubishi-motors.ch

UPE CHF 39'900.- netto inkl. MWST. PHEV Value 4x4, Frontmotor Benzin 135 PS, Front E-Motor: 82 PS, Heck E-Motor: 95 PS. Abb. PHEV Style 4x4, Frontmotor Benzin 135 PS, Front E-Motor: 82 PS, Heck E-Motor: 95 PS. CHF 45'900.- inkl. MWST, NEDC Labor Norm-Energieverbrauch Strom 13.4kWh/100km (Benzinäquivalent 3.31/100km), NEDC Labor Normverbrauch Benzin bei voller Batterie (67% Elektro, 33% Benzin) 1,8l/100km, CO₂ 40g/km, Kat. B, Hybrid-Normverbrauch bei leerer Batterie 5.0l/100km, CO₂-Emissionen aus der Treibstoffbereitstellung: 19g/km, CO₂-Durchschnitt aller verkauften Neuwagen CH: 133g/km. 54km rein elektrische Reichweite oder mehr als 800km Gesamtreichweite (unter optimalen Fahrbedingungen).



Aufruf an alle Schweizerinnen und Schweizer

Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

In grosser Sorge um unser Land wende ich mich an Sie als langjähriger Exportunternehmer und ehemaliger Bundesrat. Seit ein paar Jahren wird in Bundesbern die Bundesverfassung nicht mehr vollzogen, weil das internationale Recht angeblich über dem Landesrecht stehe. **In keinem anderen Land der Welt ist dies so.** Damit wird die schweizerische direkte Demokratie – nämlich Volk und Parlament als Gesetzgeber – entmachtet.

Der direkten Demokratie haben wir Frieden, Freiheit und Sicherheit in unserem Land zu verdanken.

Die bis 2012 bewährte Ordnung soll jetzt wieder hergestellt werden. Denn nur mit der direkten Demokratie:

- bleibt die Schweiz ausserhalb der EU;
- bleibt unsere eigenständige Franken-Währung erhalten;
- sind Gebühren, Abgaben und Steuern moderat;
- steigt die Staatsverschuldung nicht ins Uferlose;
- gibt es keine freie Zuwanderung für alle;
- kommen die Löhne nicht weiter unter Druck;
- erhalten Ausländer nicht automatisch das Stimmrecht;
- kann der notwendige Schutz unserer Arbeitsplätze, der Freiheit, der Wohlfahrt, der Lebensqualität und der Wettbewerbsfähigkeit erreicht werden.

Die direkte Demokratie ist der beste Schutz gegen Korruption. Denn einzelne Politiker kann man bestechen, nicht aber sämtliche Stimmbürger.

Geben Sie abenteuerlicher Willkürherrschaft keine Chance.
Es lohnt sich, die bewährte direkte Demokratie zu schützen!

Sagen Sie am 25. November **Ja zur Selbstbestimmung!**



Christoph Blocher, a. Bundesrat



19. Nationaler SVP-Jasscup

mit SVP-National- und Ständeräten

Samstag, 23. Februar 2019

09:45 – 16:00 Uhr, Türöffnung 9:00 Uhr

Festhalle Willisau LU

Modus

Schieber mit zugelostem Partner.
4 Passen à 12 Spiele, gewertet 48 Spiele.

Kartenart

Französische und Deutschschweizer Karten.

Preise

Es gibt viele attraktive Preise. Jeder Teilnehmer erhält ein kleines Präsent. Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger.

Schätzwettbewerb:

1. Preis Fr. 300.-
2. Preis Fr. 200.-
3. Preis Fr. 100.-

Teilnahmegebühr

- Jassgebühr: Fr. 30.-
ist an der Eingangskasse zu bezahlen
- Mittagessen: Fr. 25.-
Essensbons sind an der Eingangskasse erhältlich

Teilnehmer

Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen.

Anmeldung

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem untenstehenden Talon per E-Mail, Post oder Fax baldmöglichst anzumelden (Platzbeschränkung). Nach Ihrer Anmeldung erhalten Sie eine schriftliche Teilnahmebestätigung inkl. Details und Wegbeschrieb.

Anmeldeschluss ist der 15. Februar 2019

Organisation

SVP Willisau unter der Leitung von OK-Präsident Willi Knecht und Nationalrat Felix Müri.
Turnierleiter: Fabian Cadonau.

✂

Anmeldetalon

Ich melde mich für den 19. nationalen SVP-Jasscup vom Samstag, 23. Februar 2019 an:

Französische Karten Deutschschweizer Karten Egal

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____ PLZ Ort: _____

Tel.: _____ E-Mail: _____

**Anmeldung bis spätestens 15. Februar 2019 an:
SVP Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 - Mail: anmeldung@svp.ch**

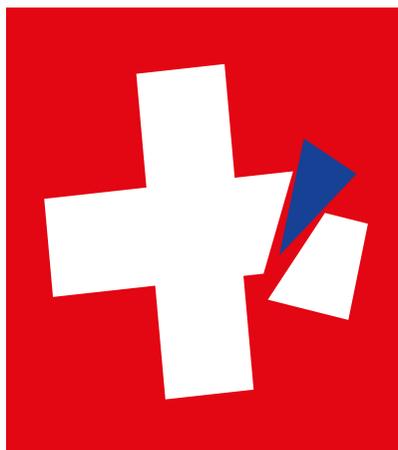
Referendum zur EU-Waffenrichtlinie

Brüssel antwortet auf Terroranschläge mit der Entwaffnung der Bürgerinnen und Bürger. Die Schweiz soll mitziehen, wenn es nach dem Willen einer Ratsmehrheit in Bundesbern geht. Einmal mehr müssen also die freiheitsliebenden Kräfte der Schweiz, allen voran die Schützenverbände und die SVP, den liberalen Weg aufzeigen.

Die SDA vermeldete nach der letzten Parlamentsdebatte in der Herbstsession: «Der Nationalrat ist bei der Änderung des Waffenrechts von seinem Kollisionskurs mit der EU abgekommen. [...] Nur die SVP blieb hart.» Wieso blieb die SVP «hart»? Weil die neue Waffenrichtlinie Bürger kriminalisiert, aber im Kampf gegen Terrorismus nutzlos bleibt. Die SVP unterstützt deshalb das von den Schützenverbänden ergriffene Referendum gegen die fehlgeleitete Verschärfung des Waffenrechts.

Illegale Waffen durch ein Legalwaffenverbot bekämpfen?

Islamistische Terroranschläge erschütterten in den letzten Jahren unter anderem Frankreich. Die EU wollte «etwas gegen den Terror» unternehmen und verschärfte einfach die Richtlinie über Kontrolle, Erwerb und Besitz von Waffen (Richtlinie 91/477/EWG), was aber faktisch nur die gesetzestreuen Bürgerinnen und Bürger trifft. Darüber, dass die Terroristen mit illegalen



Nein zum Entwaffnungs-Diktat der EU

Waffen quer durch ein Europa offener Grenzen reisen konnten, wollte die EU nicht nachdenken. Dass es völlig unsinnig ist, Verbrechen mit illegalen Waffen durch Verbote von legalen Waffen verhindern zu wollen, räumte sogar FDP-Frak-

tionssprecherin Corina Eichenberger-Walther in der nationalrätlichen Debatte zur Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie am 30. Mail 2018 ein.

Starke Botschaft nach Brüssel senden

Leider obsiegten im Rat nicht die liberalen Kräfte. Die Befürworter fürchten einmal mehr, dass die Schweiz bei einem Nein zur Richtlinie aus dem Schengen-Raum ausgeschlossen würde. Aber Hand aufs Herz: Würde die EU tatsächlich die Schweiz zum weissen Flecken im polizeilichen Informationsaustausch machen wollen und damit eine reelle Sicherheitslücke schaffen, nur um eine wirkungslose Richtlinie durchzusetzen? Wohl kaum. Mit einem Nein gegen die Waffenrichtlinie kann das Schweizervolk eine starke Botschaft an Brüssel senden: Wir verhandeln gerne über sinnvolle Massnahmen, aber wir lassen uns unsere Freiheit nicht durch unsinnigen Bürokratismus nehmen!

Bestellen Sie Unterschriftsbogen bei

Referendum

Nein zum Entwaffnungsdiktat der EU

Postfach 54

8416 Flaach

info@eu-diktat-nein.ch / Tel.: 052 301 31 00

Haben Sie schon unterschrieben?
(eu-diktat-nein.ch)

von Nationalrat
Werner Salzmann,
Mülchi (BE)





Kleiner Allrounder für grosse Ansprüche



CHF 14'950.-

C35 Kasten

*Preis exkl. 7.7% MWST, UPE

WWW.DFSK.SWISS



dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN



MARKUS REZZONICO

SVP-Delegierter Kanton Solothurn
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61

markus.rezzonico@dietschi.ch

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG

Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten T 062 205 75 75

www.dietschi-pd.ch

INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT

Informationen erhalten Sie per
E-Mail an klartext@svp.ch

GOAL GLOSSAR

Agitation

Agitation

<lat.> agitare – «betreiben»,
«verhandeln», «überlegen»

Die richtige Positionierung erarbeiten, die richtige Botschaft entwickeln, die richtige Visualisierung finden sowie die richtigen Massnahmen ergreifen – das sind die Voraussetzungen für erfolgreiche Kampagnen. Deshalb sind wir für unsere Kunden gerne Agitatoren.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

Zupacken bei echten Herausforderungen

Unser Interim Management bedeutet:

- » Wachstum Hands-on bewältigen und/oder
- » Geschäftsbereiche vorübergehend leiten

lösungsorientiert &
kundenfokussiert

umsetzungsstark &
unternehmerisch

aufrichtig &
involviert

industrie consulting
tel: 081 523 29 00
www.industrie-consulting.com



**industrie
consulting**

Roman Rauper

Geschäftsführer der
industrie consulting,
Mitglied des Parteivorstands
der SVP Schweiz 



Weshalb der Bund trotz positiver Rechnung sparen soll

Politik und Wirtschaft aber auch die gesellschaftlichen Entwicklungen werden immer unberechenbarer. Damit sind die Folgen für die Schweiz immer unsicherer. Um in unsicheren Zeiten genügend finanzielle Polster zu haben, müssen wir zu unserem Staatshaushalt Sorge tragen. Das ist mir und der SVP ganz wichtig.

Ohne gesundes Budget kann kein Land souverän funktionieren. Die aktuell gute Finanzlage ist zwar auf die konsequent von der SVP geforderte Ausgabendisziplin zurückzuführen, aber auch auf massive Mehreinnahmen bei der Verrechnungs- und der direkte Bundessteuer. Umso mehr sollten aber die nun geforderten Mehrausgaben von 850 Millionen Franken im Voranschlag 2019 kritisch hinterfragt werden.

Als Mitglieder der Finanzkommission setzen wir uns mit aller Kraft dafür ein, das immer stärkere Wachstum der Staatsausgaben einzudämmen. Sei es bei den geplanten Mehrausgaben bei der EU-Kohäsionsmilliarde, der Entwicklungshilfe oder aber bei den unhinterfragten Beiträgen für die Asyl- und Sozialindustrie. So stiegen seit 2001 die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt um 72 Prozent und jene für die Bildung um 51.7 Prozent. Zum Vergleich: Gleichzeitig reduzierten sich die Kosten der Landwirtschaft um -2.9 Prozent und jene für die Landesverteidigung um -7 Prozent.

Die gute Finanzlage täuscht

Das konstante Staatswachstum von jährlich über einer Milliarde Franken ist eine Zumutung für die Steuerzahler und muss gedeckelt werden. Auch müssen wir mit der Beseitigung der Heiratsstrafe oder der nächsten AHV-Reform - um



Das konstante Staatswachstum von jährlich über einer Milliarde Franken ist eine Zumutung für die Steuerzahler.

nur einige finanzrelevante Projekte zu nennen - künftig mit starken Mindereinnahmen rechnen. Die aktuell zwar gute Finanzlage täuscht. Die Analyse zeigt, dass die Staatsausgaben schneller wachsen als die Wirtschaft. Wir haben immer mehr Steuern und Abgaben auszurichten. Dies führt zu einer Aufblähung des Staatsapparates.

Aufgeblähte Verwaltung

Innerhalb von zehn Jahren ist der Personalbestand des Bundes von rund 32'000 Personen auf aktuell über 37'000 Personen angestiegen. Dies obwohl seit der Einführung des Neuen Finanzausgleichs

(NFA) 2008 die Bundesverwaltung keine entscheidenden neuen Verantwortungen erhielt. Das Erfolgsmodell der Schuldenbremse, das viele Politiker leider ständig aufweichen wollen, hat aber immerhin dazu geführt, dass die Schulden des Bundes auf mittlerweile unter 100 Milliarden Franken gesunken sind.

von Nationalrat
Franz Grüter,
Eich (LU)



IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 53'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Patrice Piquerez | Bildquellen: Schweizer Parlament, Wikipedia, Wikimedia Commons, www.maxpixel.net, WWW.protell.ch, SVP Schweiz

MISSBRAUCH STOPPEN!

JA

A hand holding a red card with the word 'JA' written on it. The card is tilted and partially overlaps the large white 'JA' text.

am 25. November
zur Änderung des
Sozialversicherungsrechts

Sozialversicherungen
vor **Missbrauch schützen**

sozialdetektive-ja.ch

Unionsbürgerrichtlinie auch in der Schweiz?

Die EU ist falsch konstruiert. Sie bringt Unpassendes zusammen. Sie zwingt es sogar zusammen. Das zeigt sich exemplarisch an der Einheitswährung Euro und an der Unionsbürgerschaft.

Die Unionsbürgerschaft wurde entwickelt, damit sich Litauer, Malteser, Rumänen usw. als «Europäer» fühlen. Ausländer erhalten in den anderen EU-Ländern Rechte wie die Einheimischen. Sie dürfen sich überall niederlassen, ohne eine Arbeitsstelle zu haben. Die logische Folge: Sozialtourismus.

Zuwanderung ins Sozialsystem

Neuankömmlinge haben das Recht auf Sozialleistungen und auf politische Mitbestimmung im Gastland. Zusätzliche Pflichten? Keine! Man kann es fast nicht glauben, dass Schweizer Bundesräte ernsthaft mit der Idee flirten, solches für Hunderte Millionen Menschen auch in der Schweiz gelten zu lassen!

Die Verhandlungen über den Rahmenvertrag mit der EU sind angespannt. Verkrampft macht man sich auf die Suche nach «neuen Wegen». Das Motto? Schaut her, ihr EU-Bürokraten: Bei uns bewegt sich was. Wir tun alles, um Euch zu gefallen.

Gleichzeitig unternimmt Bundesrat Cassis hierzulande alles, um uns das



Es ist kaum zu glauben, dass der Bundesrat bei den Verhandlungen zum Rahmenabkommen mit der Idee der Unionsbürgerschaft flirtet.

Rahmenabkommen als «Marktzugangsabkommen» schmackhaft zu machen. In erster Linie geht es dabei darum, die Diskussion um die fremden Richter abzuwürgen.

Gute Nacht direkte Demokratie!

Das Gesamtpaket liegt quasi fertig geschnürt auf dem Tisch. Die EU scheint auf der Unionsbürgerrichtlinie zu beharren. Ich mache jede Wette: Bald schon werden wir hören, dass es unseren Diplomaten und dem Bundesrat gelungen sei, die EU in «nächtelangen Verhandlungen» davon zu überzeugen, uns bei der EU-Bürgerrichtlinie etwas entgegen zu kommen.

Die Linken und die Mitteparteien werden im Chor jubeln. Das Verhandlungsergebnis sei hervorragend. Mit Enthusiasmus werden sie dem Rahmenvertrag zustimmen. Sie werden die Übernahme fremden Rechts und auch den EU-Gerichtshof akzeptieren. Gute Nacht direkte Demokratie!

*von Nationalrat
Roland Rino Büchel,
Oberriet (SG)*



INSERAT

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN
Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

RANGE ROVER VELAR

DER STIL DER AVANTGARDE.



ABOVE & BEYOND



WINNER
WORLD CAR AWARDS
2018 WORLD CAR DESIGN OF THE YEAR



Das stylischste Auto
der Schweiz 2018

Land Rover fährt seiner Zeit immer voraus. Schon 1948 mit dem ersten Land Rover überhaupt und auch mit dem Debüt des Range Rover, der 1970 als erster SUV eine völlig neue Kategorie definierte. Der Range Rover Velar führt diese Tradition auf ausgezeichnete Art und Weise weiter. Innovativ. Intelligent. Inspirierend.

Land Rover geht von jeher neue Wege und ist damit der Massstab für alle SUV.

landrover.ch

Stoppt den Unsinn!

Der Automatische Informationsaustausch in Steuersachen (AIA) soll auf immer mehr Länder ausgedehnt werden. Nach dem Fall Khashoggi verlangt die SVP ein Moratorium und damit eine Überprüfung aller problematischen Staaten.

Unter Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf wurden nicht nur haufenweise Schweizer Bankkunden ans Ausland verraten; unter ihrer Departementsführung hat die Schweiz auch den automatischen Informationsaustausch massiv vorangetrieben. Weder hat unser Land mit seiner bewährten Tradition des Bankkundengeheimnisses in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ihr Veto-Recht wahrgenommen, noch darauf gewartet, dass zumindest die USA Gegenrecht halten. Vielmehr wurden im Sommer 2014 im Rahmen der OECD neue globale Standards für den internationalen AIA beschlossen. Darin sind zahlreiche Länder übereingekommen, Finanzinformationen von Kunden zu sammeln, die steuerlich im Ausland ansässig sind – und zwar alle Arten der Kapitaleinkommen sowie den Saldo des Kontos. Seit Anfang 2017 muss auch die Schweiz die entsprechenden Daten sammeln. Bisher hat das Parlament den Austausch mit 81 Partnerstaaten genehmigt. Dank dem Druck der SVP und ihrer Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» ist das Bankkundengeheimnis im Inland davon nicht betroffen.

Rechtsstaatlich problematisch

Zu den Ländern, mit denen wir demnächst einen solchen Datenhandel treiben, gehören neben rechtsstaatlich problematischen Staaten in Süd- und Mittelamerika vor allem Saudi-Arabien, Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate usw. Nach der grauenhaften Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi aus Saudi-Arabien, aber auch angesichts der Knebelung der Presse und der Meinungsfreiheit in diesen und weiteren Ländern, der katastrophalen Situation bezüglich Menschenrechte



Die SVP will keinen Datenhandel mit rechtsstaatlich problematischen Ländern in Südamerika oder im Nahen Osten.

und Korruption sowie der Aushöhlung der politischen Rechte kann der AIA für die Betroffenen höchst bedenkliche Folgen haben.

Nirgendwo auf der Welt ist der Anteil unfreier Staaten höher als im Nahen Osten und in Nordafrika, wo teilweise das muslimische Scharia-Recht rücksichtslos durchgesetzt wird. Betroffen von Informationsaustausch sind ausländische Kunden mit Konten in der Schweiz, vor allem aber auch Schweizer, die sich beruflich oder privat im Ausland aufhalten. Angesichts der rechtsstaatlichen Zustände in vielen dem AIA unterliegenden Ländern sind Erpressungen, Entführungen und noch Schlimmeres nicht auszuschliessen. Will dafür der Schweizer Bundesrat und das Parlament die Verantwortung tragen?

Moratorium – jetzt!

Dass die Wirtschaftskommission des Nationalrates (WAK) das Doppelbesteuerungsabkommen mit Saudi-Arabien vorerst nicht genehmigt, ist positiv. Aber es ist nur ein Teilerfolg. Denn die grausame Ermordung und Zerstückelung Khashoggis dürfte nur die Spitze des Eisbergs darstellen. Deshalb muss die Schweiz jetzt dringend eine von der OECD unabhängige Überprüfung der

Auswirkungen des gesamten Netzwerkes des Informationsaustausches vornehmen.

Dies ist umso notwendiger, als nicht weniger als 43 Staaten und Territorien – meist Schwellen- und Entwicklungsländer mit besorgniserregenden rechtsstaatlichen Zuständen – absehbare AIA-Partner werden sollen. Statt den Datenaustausch mit solchen Ländern kopflos voranzutreiben, verlangt die SVP in der kommenden Wintersession ein Moratorium beim Automatischen Informationsaustausch bis der Bund aussagekräftige Erfahrungen mit den bisherigen 81 Partnerstaaten machen konnte. Es wäre höchst leichtsinnig und unverantwortlich, den Informationsaustausch unüberlegt und ohne Rücksicht auf die möglichen Folgen auf immer noch mehr problematische Staaten auszudehnen. Es ist ja schon seltsam: Während die Schweiz sich sonst weltweit für Menschenrechte stark macht, scheinen ihr rechtsstaatliche Zustände bei der Offenlegung der finanziellen Privatsphäre vollkommen egal zu sein.

von Nationalrat
Thomas Matter,
Meilen (ZH)



16 Aktionen für die Selbstbestimmungsinitiative



Impressionen des unermüdlichen Engagements der SVP-Familie für die Selbstbestimmung und die direkte Demokratie. Wir kämpfen bis zum Schluss!



Sagen Sie am 25. November JA zur Selbstbestimmung



- JA zur Unabhängigkeit der Schweiz
- JA zu Schweizer Recht als oberster Rechtsquelle
- JA zu Rechtssicherheit im Verhältnis Schweiz-EU
- JA zur direkten Demokratie
- JA zum Erfolgsmodell Schweiz